

Küstenwache: Nordseeschützer kritisieren Verwaltung Politik muss handeln / „Wo bleiben die angekündigten Maßnahmen?“

(Husum/Cuxhaven/Varel i.O.) In ungewöhnlich scharfer Form übt die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN Kritik an den Vorgängen der zuständigen Verwaltungen bei den Bundesministerien für Finanzen und Verkehr. Diese hatten nach Vorlage eines Eckpunktepapiers zur Schaffung einer Deutschen Küstenwache durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) durch Verzögerung nach einem Jahr erreicht, dass es keine Befassung mit der Umsetzung geben wird. „Damit ist der Beweis erbracht, dass es trotz eines unterschriebenen Koalitionsvertrages durch die Politik die Verwaltung auch heute noch jegliche Reform eiskalt ausbremsen kann“, sagte SDN-Vorstandssprecher Hans von Wecheln heute in Husum/Nordsee.

Dabei enthält das Eckpunktepapier nach Meinung des Umweltverbandes lediglich einen ersten Minimalkonsens zur Aufbau eine monokratisch geführten Deutschen Küstenwache. Anstatt zunächst Aufgaben, Ziele und Organisationsform zu definieren, hatte die Verwaltungen sich nur mit der Frage beschäftigt, wer den diese Behörde führen solle. Der Innenminister hatte vorgeschlagen, die Führung zu übernehmen. „Das ist natürlich ein Angriff auf alte Erbhöfe“, so von Wecheln sarkastisch weiter, denn bei der Verwaltung gelte immer noch der Spruch: „kumm mi nich an de Farv!“. Die Verwaltungen hatten daher massiv auf ihre Minister eingewirkt, den Vorschlag von de Maizière nicht weiter zu verfolgen, „mit Argumenten, die teilweise an der Realität vorbeigehen“. Als erster habe Finanzminister Wolfgang Schäuble dem Innenminister eine Absage erteilt, obwohl Schäuble selber den Koalitionsvertrag der Regierungsparteien mit verhandelt habe. Dort heißt es wörtlich: „mit der späteren Zielsetzung des Aufbaus einer Nationalen Küstenwache wollen wir zunächst die Kompetenzen der gegenwärtig am Küstenschutz beteiligten Bundesbehörden zusammenführen.“ Und das wird nun nicht stattfinden, da auch Minister Peter Ramsauer (CSU) durch seine Verwaltung eine Umsetzung verweigert.

Für die SDN, die seit zweiundzwanzig Jahren eine Deutsche Küstenwache fordert und von Fachleuten in verschiedenen Expertisen Unterstützung erhält, stellt sich die Frage, was das Wort in der Politik heute noch gelte.

Und Beweis dafür hat die SDN genügende. Nicht erst seit der Havaire der Pallas vor 12 Jahren haben norddeutsche Politiker eine Deutsche Küstenwache angemahnt. Die CDU-Abgeordnete Wolfgang Börnsen, Ingbert Liebing, Thomas Kossendey, Ole Schröder und Wolfgang von Geldern hatten sich im Laufe der Jahre dafür eingesetzt. Gleiches forderten auch die SPD-Abgeordneten Manfred Opel, Ernst Walthemathe, Ullrich Klose, Ernst-Dieter Rossmann und Margit Wetzel während ihrer Zeit im Bundestag. Der FDP-Abgeordnete Manfred Goldmann hatte mehrfach in der Opposition die Forderungen fachlich qualifiziert unterstützt. In einem Antrag der CDU/CSU aus dem Jahr 2004 heißt es wörtlich: „der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alle rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Schaffung einer nationalen Küstenwache in eigenständiger Form mit allen Zuständigkeiten.....zu schaffen und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Gesetzesentwurf schnellstmöglich zuzuleiten.“

Unverständlich die Haltung Schäubles als Finanzministers. Er wäre letztlich der Gewinner, denn durch eine straffere Organisation der derzeitigen Kräfte der Bundespolizei, Zollverwaltung, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung sowie der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes könnten ohne Verlust an Sicherheit Beträge für Material und Personal in Millionenhöhe eingespart werden. Somit sei nun Politik gefordert den Worten auch Taten folgen zu lassen, so die SDN.

Mit der freundlichen Bitte um Veröffentlichung!



Hans von Wecheln
Vorstandssprecher SDN